



N i e d e r s c h r i f t

über die 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 11.12.2023

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:02 Uhr
Ende: 17:20 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzende

Herr Oberbürgermeister Grantz

Herr Stadtrat Skusa

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Frau Stadtverordnete Milch

Frau Stadtverordnete Steinbach

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Schumacher

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Entschuldigt

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtverordneter Schott

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

LINKE

Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Einzelstadtverordneter (Die PARTEI)

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortschaftspolizeibehörde:

Herr Ortgies

Bürger- und Ordnungsamt:

Herr Herbrig

Feuerwehr:

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:02 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Anfragen

Keine.

2.2. Anträge

2.2.1. Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Koordinierungsstelle psychosoziale Beratung" XI 13/2023

Herr Freemann trägt den Antrag vor und bittet den Ausschuss um Zustimmung. Herr Schott bedankt sich für den Antrag und äußert sich diesbezüglich, dass seitens der Partei Die Grünen dieser Antrag begrüßt wird. Herr Jürgewitz fragt, wie bisher bei den betroffenen Fällen gehandelt wurde. Herr Ortgies betont, dass die Ortspolizeibehörde seit Jahren bemüht ist, diverse Maßnahmen zum Schutz der Kolleg:innen zu ergreifen. Da die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen jedoch immer komplexer und aufwändiger wird, ist die Einrichtung einer solchen Koordinierungsstelle unabdingbar.

Herr Hoffmann begrüßt diesen Antrag und weist auf weitere bereits vorhandene Maßnahmen, wie die Trauma Ambulanz beim KBR hin, die es bereits seit Jahren gibt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag und stimmt dem Antrag mehrheitlich mit einer Enthaltung (BD) zu.

2.2.2. Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Zukunftsfähigkeit der Leitstelle sichern" XI 12/2023

Frau Kirschstein-Klingner trägt den Antrag vor und betont die Wichtigkeit der Zukunftsfähigkeit der Leitstelle. Herr Grantz ergänzt hierzu, dass mit der Zustimmung des Ausschusses zu diesem Antrag nun die Zukunftsfähigkeit der Leitstelle in Bremerhaven gemeinsam mit dem LK Cuxhaven, dem Landkreis Osterholz und dem Land Bremen gesichert werden kann. Zudem bittet Herr Grantz um Ergänzung des Antrages, dass in diesem Fall nicht ein Dezernent aufgefördert werden kann, sondern beide Dezernenten aufgefördert sein müssen, da dieses Thema eine gemeinschaftliche Aufgabe ist.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag mit der genannten Ergänzung, dass beide Dezernenten aufgefördert werden.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Antrag mehrheitlich mit einer Enthaltung (BD) zu.

2.3. Genehmigung der Niederschrift der 1. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentlich Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 25.09.2023 I 34/2023

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung mit einer Enthaltung (Die Linke).

- 2.4. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GStVV** **I 35/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.
- 2.5. Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2024** **I 30/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 2.6. Vorstellung Kampagne „KEINE GEWALT GEGEN UNS“**
- Frau Laue stellt dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit die Kampagne „Keine Gewalt gegen uns“ vor.
- 3. Bereich Polizei**
- 3.1. Anfragen**
- Keine.
- 3.2. Anträge**
- 3.2.1. Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP - Einstellung eines Volljuristen / einer Volljuristin bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven** **I 31/2023**
- Frau Milch betont die Wichtigkeit dieses Antrages und stellt einige Beispiele, die den Bedarf begründen, dar. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag und stimmt mehrheitlich mit zwei Enthaltungen (Die Grünen, AFD) zu.
- 3.2.2. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zur Ausstattung des Bürger- und Ordnungsamtes mit Bodycams** **I 32/2023**
- Frau Kirschstein-Klingner trägt den Antrag vor und bittet den Ausschuss für öffentlich Sicherheit um Zustimmung. Herr Jürgewitz fragt, ob bei den Mitarbeitern des Bürger- und Ordnungsamtes eine Befragung hierzu durchgeführt wurde. Der Ausschussvorsitzende beantwortet die Frage damit, dass die genannten Mitarbeiter dem Vorhaben positiv gegenüberstehen. Herr Herbrig stellte dar, dass zur Umsetzung voraussichtlich eine Änderung des Bremischen Polizeigesetzes erforderlich ist.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag. Der Ausschuss für öffentlich Sicherheit stimmt dem Antrag mehrheitlich mit einer Gegenstimme (Die Linke) zu.
- 3.2.3. Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP zum Thema Kundenfreundlichkeit durch Abholschrank im Bürgerbüro Mitte** **I 33/2023**
- Frau Milch erläutert den Antrag und bittet den Ausschuss für öffentliche Sicherheit um Zustimmung. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 3.3. Vorstellung Frau Sermin Riedel, Polizeibeauftragte für die Freie Hansestadt Bremen**
- Frau Riedel stellt sich und Ihre Tätigkeiten dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit vor. Herr Freemann richtet anschließend die Frage an Frau Riedel, ob es zu den von ihr behandelten Fällen auch ein Berichtswesen gibt. Frau Riedel erläutert, dass sie verpflichtet ist, alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht zu erstellen. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.4. Lagebild der OPB zum Thema Gewaltkriminalität in Bremerhaven** **I 36/2023**
- Herr Ortgies erläutert die Vorlage anhand der beigefügten Präsentation. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.5. Erfahrungsbericht zu den Maritimen Tagen 2023** **I 37/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.6. Kurzbericht zum Thema Sicherheitsbefragung im Land Bremen durch Herrn Ortgies** **I 43/2023**
- Herr Ortgies geht auf wesentliche Ergebnisse der Sicherheitsbefragung ein und stellt dar, dass diese 2022 durchgeführt wurde und sich auf das Jahr 2021 bezieht. Außerdem kündigt er an, dass im ersten Quartal des nächsten Jahres der periodische Sicherheitsbericht, zu dem die vorgestellte Sicherheitsbefragung gehört, veröffentlicht wird. Dieser wird weitere Analysen enthalten. Herr Ortgies sieht die Veröffentlichung zur Sicherheitsbefragung als eine ausgesprochen gute Grundlage, die positiv bewertete Polizeiarbeit noch zu verbessern.
- Herr Jürgewitz stellt die Fragen, in welchem Verhältnis die Gesamtanzahl der Befragten Bremerhavener Bürger:innen zu denen in Bremen stehen. Es erfolgte der Hinweis, dass sich diese Frage aus der Vorlage heraus beantworten lässt. Darüber hinaus fragt er, ob es Erklärungen für die im Verhältnis geringere Rücklaufquote in Bremerhaven im Vergleich zu Bremen gibt. Herr Ortgies erläutert, dass es im vorliegenden Kurzbericht zur Sicherheitsbefragung hierzu keine Erklärungen gibt.
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.7. Neuschaffung von 4,0 Stellen nach der Entgeltgruppe 11 TVöD/VKA zur Auswertung der sog. Encrochat-Verfahren bei der Ortspolizeibehörde** **I 38/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt für die weitere Durchführung von Encrochat-Verfahren die Schaffung von 4,0 Stellen nach der Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA) für die Ortspolizeibehörde (siehe beigefügte Stellenplananträge) und die gleichzeitige Streichung der 4,0 unbefristet überplanmäßigen Bedarfe einstimmig zu.
- 3.8. Bericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes** **I 41/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.
- 3.9. Vertrag Wochenmärkte** **I 39/2023**
- Herr Grantz gibt bekannt, dass er künftig die Lenkungsgruppe leiten wird, die sich fortlaufend mit dem Wochenmarkt auseinandersetzen wird. Frau Kirschstein-Klingner geht auf die künftige Zusammensetzung der Lenkungsgruppe ein und schlägt vor, dass die Anzahl der festgelegten Vertreter der Lenkungsgruppe aus dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit von drei auf vier Vertreter geändert wird, davon drei aus der Koalition und einer aus der Opposition, um auch immer eine Vertretung gewährleisten zu können.

Mit der genannten Ergänzung von Frau Kirschstein-Klingner und unter dieser Änderung stimmt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit dieser Vorlage mit einer Gegenstimme (AFD) zu.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt:

- Die Durchführung der Wochenmärkte in Bremerhaven wird weiterhin der M3B GmbH (Großmarkt Bremen) übertragen.
- Der ab 1.1.2024 abzuschließende Vertrag umfasst eine Laufzeit von vier Jahren.
- Der bisherige Beirat wird aufgelöst und durch eine Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Dezernats I zur Weiterentwicklung der Wochenmärkte ersetzt.
- Dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit ist mindestens einmal jährlich über den Stand der Wochenmärkte zu berichten.

3.10. Entfristung eines 1,0 befristeten überplanmäßigen Bedarfes für die Straßenverkehrsbehörde des Bürger- und Ordnungsamtes **I 40/2023**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis vom Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 26. September 2023 und beschließt gleichlautend die Entfristung des bewilligten 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für die Straßenverkehrsbehörde des Bürger- und Ordnungsamtes mehrheitlich.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

3.11. Überplanmäßiger Bedarf beim Bürger- und Ordnungsamt zur Durchführung der Europawahl 2024 **I 42/2023**

Vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses beschließt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit zur Durchführung der Europawahl 2024 für das Bürger- und Ordnungsamt die Anerkennung der nachfolgenden überplanmäßigen befristeten Bedarfe:

- 1,0 überplanmäßig anerkannter Bedarf befristet für die Dauer von 6 Monaten (01.01.2024 bis 30.06.2024) für die Logistik, Briefwahlorganisation sowie Personal-einarbeitung (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), analog zu Bremen))
- 9,0 überplanmäßig anerkannte Bedarfe befristet für die Dauer von 3 Monaten (22.04.2024 bis 22.07.2024) für die Durchführung der Briefwahl (Entgeltgruppe 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA), analog zu Bremen).

3.12. Verschiedenes Polizei

Keine Wortmeldungen.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

4.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

- 4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz** **KatS - I
4/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 4.4. Warnung der Bevölkerung – Sirenenalarmierung/-infrastruktur** **KatS - I
5/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 4.5. Fördermitteleinwerbung zur Stärkung des kommunalen Katastrophenschutzes** **KatS - I
6/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 4.6. Verschiedenes Katastrophenschutz**
- Keine Wortmeldungen.
- 5. Bereich Feuerwehr**
- 5.1. Anfragen**
- Es liegen keine Anfragen vor.
- 5.2. Anträge**
- Es liegen keine Anträge vor.
- 5.3. Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“** **XI 14/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Herr Skusa sagt für die Herbstsitzung 2024 einen aktualisierten Bericht zum Fortlauf dieses Programms zu.
- 5.4. Sofort notwendige Maßnahmen zur Unterbringung des Einsatzpersonals auf der Zentralen Feuerwache** **XI 16/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
- 5.5. Nachtrag zur Vorlage Nr. XI 10/2023: Stellenplan für das Jahr 2024/2025** **XI 17/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die dargestellten überplanmäßigen Bedarfe zur Kenntnis und beschließt einstimmig die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss.
- 5.6. Sachstandsbericht zum Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf** **XI 18/2023**
- Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.7. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

XI 19/2023

Herr Cordes erläutert, dass zwischenzeitlich die Bauleitplanung beauftragt wurde. Die Vergabe der Hochbauplanung als Ergebnis des Architektenwettbewerbes aus dem November 2024 verzögert sich um 6-8 Wochen, weil eine Prüfung vor der Vergabekammer stattfindet. Im nächsten Ausschuss wird detailliert darüber berichtet.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.8. Verschiedenes Feuerwehr

Herr Skusa informiert, dass in Zusammenarbeit mit dem Stadtfeuerwehrverband Bremerhaven im Stadtteil Leherheide ab dem 07.03.2024 von 17-20 Uhr Schnupperkurse für 17-27-jährige stattfinden, um die Feuerwehr vorzustellen und Personal zu gewinnen. Ziel ist es, die Interessent:innen auf die drei freiwilligen Feuerwehren zu verteilen.

Herr Freemann fragt, wie man auf den Stadtteil Leherheide gekommen ist.

Herr Skusa erklärt, dass Leherheide einer der bevölkerungsreichsten Stadtteile Bremerhavens ist und es in diesem keine freiwillige Feuerwehr gibt. Diese Veranstaltung findet – um Werbung zu machen und Potenzial zu erreichen – bewusst im Freizeittreff statt, um das Interesse der Jugendlichen zu wecken.

Herr Hoffmann, als Mitglied im Beirat des Stadtfeuerwehrverbandes, erklärt, dass Leherheide der Stadtteil mit der höchsten Wohnbebauung ist, was auch für die Berufsfeuerwehr eine Herausforderung ist. Im Rahmen des Brandschutzbedarfsplanes ist die Intention, dass auch Menschen und Kinder mit Migrationshintergrund in das Ehrenamt eingeführt werden sollen. Mit Marc Hübler, Mitarbeiter der Feuerwehr und des Stadtfeuerwehrverbandes, haben wir einen Kollegen, der in der Jugendarbeit der Feuerwehr des Landes und Bremerhaven tätig ist und der sich dieses Projektes angenommen hat. Durch den Tag der offenen Tür in Leherheide speziell für Jugendliche soll die Feuerwehr vermehrt wahrgenommen werden und so Jugendliche für das Ehrenamt generiert werden.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Herr Skusa schließt die Sitzung um 17:20 Uhr.

Vorsitzende

Grantz
Oberbürgermeister

Skusa
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Polizei

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

Berndt

Mahlstedt

Anlage